

Reichsschulkonferenz 1920

Die **Reichsschulkonferenz** wurde vom [Reichsinnenministerium](#) unter [Erich Koch-Weser](#) (DDP) vom 11. bis 20. Juni 1920 in [Berlin](#) einberufen, um das [deutsche Schulsystem](#) in der [Weimarer Republik](#) systematisch neu zu ordnen. Treibende Kraft und Organisator der Konferenz war der sozialdemokratische Staatssekretär [Heinrich Schulz](#).

Eingeladen waren etwa 650 Bildungsexperten, unter ihnen die namhaften deutschen Vertreter der [Reformpädagogik](#) mit ihren Zweigen der [Arbeitsschule](#), der [Landschulbewegung](#) und der [Einheitsschule](#) um [Johannes Tews](#), sowie die Vertreter der Kultusministerien der deutschen Länder, der Kirchen und maßgeblichen Verbände. Fast alle späteren Reformbestrebungen und bildungspolitischen Streitpunkte bis in die Gegenwart sind auf dieser Konferenz bereits vorgetragen und diskutiert worden.

Ein Hauptstreitpunkt war die Dauer der Grundschulzeit (vier oder sechs Jahre). Das [Reichsgrundschulgesetz](#)^[1] vom 28. April 1920 legte bereits vor der Konferenz die vierjährige Grundschule für alle verbindlich fest, womit die bisher üblichen privaten [Vorschulen](#) für spätere Gymnasiasten wegfielen. Das war vielen nicht genug, z. B. dem „[Bund Entschiedener Schulreformer](#)“ um [Paul Oestreich](#).

Die Grundlage der Diskussion bildete zunächst der "[Weimarer Schulkompromiss](#)" der Parteien, die die Verfassung von 1919 in den Artikeln 135 bis 150 geprägt hatten: Danach sollte es eine für alle gemeinsame Grundschule geben, Volksschulen konnten aber auf Antrag der Eltern konfessionell eingerichtet werden. Der [Religionsunterricht](#) blieb ein ordentliches [Unterrichtsfach](#) unter Aufsicht des Staates. Die [SPD](#) trat für die kostenlose [Einheitsschule](#) auch in höheren Klassen sowie die [Koedukation](#) und wissenschaftliche [Lehrerbildung](#) ein, die DDP hatte Bedenken gegen die Abschaffung des Gymnasiums, das [Zentrum](#) war mit den Kirchen strikt für [Konfessionsschulen](#).

Die zahlreichen Ergebnisse der Konferenz blieben ohne direkte Umsetzung, da in der [Reichstagswahl 1920](#) die Mehrheit der [Weimarer Koalition](#) verloren ging. Die Initiative [Paul Rühlmanns](#) zur Staatsbürgerkunde als neuem Schulfach blieb weitgehend stecken. Noch in die Weimarer Zeit fiel die Gründung der [Pädagogischen Akademien](#) (1925) durch den parteilosen preußischen Kultusminister [Carl Heinrich Becker](#), mit der die Volksschullehrerbildung wesentlich verbessert wurde. Auch die „Deutsche Oberschule“ von [Hans Richert](#) als neuer Gymnasialtyp gehört zu ihren Wirkungen. Als vierte Gymnasialform stieß sie auf den konservativen Widerstand wegen ihrer zu geringen Fremdsprachenverpflichtung, doch Unterstützung durch die Anhänger der [Deutschkunde](#).

Eine ähnlich große bildungspolitische Konferenz mit mehreren hundert Teilnehmern fand 1926 noch einmal in [Weimar](#) statt, organisiert durch den [Deutschen Ausschuss für Erziehung und Bildung](#). Sie wiederholte viele der Debatten.